



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 06.10.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Herzhauser
Herrn Stadtrat Kolesch
Herr Stadtrat Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Zügel

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Wiest

Verwaltung:

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Fessler, Ordnungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Schott, Wieland-Gymnasium
Herr Walz, Gebäudemanagement

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr.Compter
Herr Stadtrat Keil

Gäste:

Herr Stadtrat Garlin

Tagesordnung

| TOP-Nr. | TOP | Drucksache Nr. |
|---------|---|----------------|
| 1. | Baugebiet Talfeld - 1. Bauabschnitt Ergebnis Architekturmesse 07 - Modalitäten der Grundstücks- vergabe | 187/2008 |
| 2. | Sanierung öffentliche WC-Anlage Kirchplatz | 189/2008 |
| 3. | Erweiterung der Tempo-30-Zone im Köhlesrain | 185/2008 |
| 4. | Verschiedenes | |
| 4.1. | Verschiedenes: Betreute Seniorenwohnanlage Riedlinger Str. 28 - 34 | |
| 4.2. | Verschiedenes: Regelmäßige Information des Gremiums über den Zeitpunkt der Umsetzung beschlossener Maßnahmen | |
| 4.3. | Verschiedenes: Baumaßnahme Schrankenstraße 4 | |
| 4.4. | Verschiedenes: Bahnhof Biberach - Fahrgastinformationssystem | |
| 4.5. | Verschiedenes: Google-Maps "Streetview" | |
| 4.6. | Verschiedenes: Querung der Zebrastreifen am Zeppelinring durch Fahrradfahrer | |
| 4.7. | Verschiedenes: Straßenbauarbeiten an der Kolpingstraße | |

Die Mitglieder wurden am 29.09.2008 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokal-
teil der Schwäbischen Zeitung am 30.09.2008 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 187/2008 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann dankt den Architekten für deren Engagement während der Architekturmesse und der Bifa. Der 1. Bauabschnitt des Baugebiets „Talfeld“ werde von den Vorschlägen der Architekturmesse geprägt sein.

Frau Christ stellt fest, dass die heutige Vorlage das Ergebnis einer intensiven Arbeit seit der Architekturmesse im Oktober 2007 sei. Die große Nachfrage nach anderen Haustypen neben dem klassischen Einfamilienhaus freue die Verwaltung dabei besonders. Wert gelegt habe man auf eine hohe architektonische Qualität bei gleichzeitiger größtmöglicher Auswahl für Bauwillige. Hierzu habe man verschiedene Module, innerhalb derer jeweils ein bestimmter Haustyp zulässig sei, festgelegt. Frau Christ weist auf die parallele Aufstellung des Bebauungsplanes hin und erklärt, angeboten würden Baufelder unterschiedlicher Grundstücksgröße. Die Stadthäuser entlang der Telawiallee versuche man über Bauträger zu realisieren, nachdem es für diese keine privaten Interessenten gebe. Zum weiteren Verfahren führt sie aus, die Bauwilligen müssten ihr Interesse bis Ende Oktober schriftlich bekunden, woraufhin deren Grundstücke bis Ende Februar – dem Zeitpunkt des Grundstückverkaufs - reserviert würden. Die übrigen Grundstücke gingen in die freie Vergabe.

StR Kolesch dankt dem Planungsamt sowie den Architekten für die geleistete Arbeit. Er begrüßt die Vielfalt im Baugebiet und bittet die Verwaltung, dieses Anliegen auch für künftige Baugebiete im Hinterkopf zu behalten. Der den Bauherren gesetzte Entscheidungszeitpunkt Ende Oktober bittet er angesichts der Verzögerungen sowie der erst am 20. Oktober erfolgenden Kaufpreisfestlegung nochmals zu überdenken. Bezüglich der Stadthäuser solle man aktiv auf Bauträger zugehen, so dass diese möglichst parallel zu den Modulen für Einzelhäuser gebaut werden. Ihn interessiert, was auf den Feldern östlich der Telawiallee angedacht ist.

StR Nuding begrüßt die Vorlage und spricht dem Planungsamt sowie den Architekten seinen Dank aus. Die Resonanz hätte aus seiner Sicht jedoch besser ausfallen können. Er stellt fest, dass die Architekturmesse den Trend hin zum Atrium- bzw. Winkelhaus aufgezeigt habe und befürwortet die Berücksichtigung eines Haustyps mehrerer Architekten innerhalb eines Moduls – dies schaffe die gewünschte Vielfalt im Gegensatz zu Baugebieten wie dem Sandberg. Er erkundigt sich, inwiefern Änderungen im weiteren Verfahren möglich sind, sofern sich – beispielsweise für das klassische Einfamilienhaus in einem Modul – kein Interessent finden sollte. Bezüglich der Stadthäuser schlägt er vor, an hiesige Unternehmen, beispielsweise die Firma Boehringer, heranzutreten; eventuell sei ein Bedarf für die Schaffung von Mitarbeiterwohnungen vorhanden.

StR Zügel lobt die wertvollen Architekturbeiträge sowie die Vielfalt im Baugebiet „Talfeld“. Auch er hält die Entscheidungsfrist für die Bauherren für zu eng bemessen. Einerseits werde der Preis der Grundstücke erst am 20. Oktober festgelegt, andererseits spreche auch die derzeitige gesamtwirtschaftliche Lage an den Kapital- und Aktienmärkten dafür, den Entscheidungstermin auf das kommende Jahr zu verschieben. Als Gratwanderung sieht er die Sicherstellung einer entsprechenden Qualität bei den Stadthäusern, für die es noch keine Interessenten gibt.

StR Weber befürwortet die Vorlage, erkundigt sich jedoch nach dem energetischen Bereich; die Grünen-Fraktion wünsche sich für das Baugebiet eine zukunftsfähige Technik. Er plädiert für eine langsame Entwicklung des Gebiets, wodurch dieses für eine ganze Generation ausreichen könne.

StR Braig stellt fest, dass sich die FDP-Fraktion bereits seit 10 Jahren für Freiheit am Bau verkämpfe und dankt der Verwaltung für den Beweis im Baugebiet „Talfeld“, dass Qualität und Freiheit nicht im Widerspruch zueinander stehen. Er erkundigt sich, ob die Bauverwaltung dies auch für die weiteren Bauabschnitte leisten könne.

BM Kuhlmann erklärt, Ziel sei es, Qualität und Individualität bzw. vielfältige Bebauungsmöglichkeiten zu vereinen, was durch die Ausweisung verschiedener Module jeweils eines Haustyps gelungen sei. Dieses Konzept werde in den weiteren Bauabschnitten des Baugebiets fortgeführt – die verschiedenen Haustypologien nachfrageabhängig jeweils modulweise angeboten. Dabei werde man die im Rahmen der Architekturmesse vorgestellten Beiträge auch an künftige Interessenten weiterreichen. Zur Zeitachse betont er, dass man mit den Beteiligten bereits seit einem halben Jahr intensive Gespräche führe. Die Kaufverträge selbst würden erst im kommenden Jahr geschlossen – momentan strebe man lediglich eine schriftliche Interessensbekundung der Interessenten an, woraufhin eine Zuteilung der Grundstücke erfolgen und die Bauherren in die nächste Planungsphase (Architektenbeauftragung, Finanzierung) einsteigen könnten. Vor Abschluss dieser Vereinbarung müsse jedoch der Grundstückspreis feststehen und den Bauwilligen noch genügend Zeit zur Entscheidung bleiben. Er schlägt daher vor, die Erklärung erst im November zu fordern. Hinsichtlich der Stadthäuser bestünden besondere Gestaltungsanforderungen, die zum Teil über Mehrfachbeauftragungen, bei der Vergabe an Bauträger durch einen qualifizierten Entwurf, sichergestellt würden. Letzterer solle sich an den Beiträgen der Architekturmesse orientieren. Auf den Vorschlag von StR Nuding erklärt er weiter, auch die Realisierung kleinerer Geschosswohnungsbauten sei in Teilbereichen denkbar. Im November solle eine öffentliche Ausschreibung der nicht reservierten Grundstücke sowie der Bauträgergrundstücke stattfinden. Um für Bauwillige stets ein entsprechend vielfältiges Angebot bereitstellen zu können, werde der nächste Bauabschnitt bereits im kommenden Jahr in Angriff genommen. Das Energiekonzept des Baugebietes - die Möglichkeiten für energiesparendes Bauen und die Nutzung regenerativer Energien inklusive der Wirtschaftlichkeitsberechnungen - würden in der nächsten Bauausschusssitzung vorgestellt. Er verweist auf das Erneuerbare Wärmegesetz des Bundes, welches zum 01.01.2009 in Kraft treten und gegenüber dem entsprechenden Landesgesetz noch weitergehendere Anforderungen stellen werde. Er betont weiter, dass nur diejenigen Bereiche des Baugebiets angelegt würden, für die eine entsprechende Nachfrage bestehe – erst wenn die Nachfrage geklärt sei, werde der jeweilige Bebauungsplan in Kraft gesetzt.

StRin Brunner erkundigt sich, weshalb der Verkauf nicht zeitiger erfolge, so dass im Frühjahr mit dem Bau begonnen werden könne.

BM Kuhlmann stellt klar, dass für den Bauherrn nicht der Kauf, sondern die bis November angeordnete Zuteilung der Grundstücke entscheidend sei um die Finanzierung klären bzw. die Beauftragung eines Architekten vornehmen zu können. Der Kaufvertrag werde folgen, sobald der Notar Zeit habe.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 189/2008 zur Beschlussfassung vor.

Herr Walz verweist auf die parallele Beratung im Hauptausschuss und nennt als Kernfragen für den Bauausschuss die Gesamtkosten im Verhältnis zur Objektgröße, die Entscheidung bezüglich einer geregelten bzw. ungeregelten Belüftung sowie den Fortbestand der Wohnung im 1. Obergeschoss des Gebäudes. Ebenso wie die beteiligten Fachingenieure spreche sich die Verwaltung für die Umsetzung der Variante 2 zu Gesamtkosten von insgesamt 262.600 € aus. Er betont, dass die Anlage langfristig nur mit einer geregelten Be- und Entlüftung sinnvoll betrieben werden könne und die derzeitigen Probleme größtenteils durch die schlechte Belüftung – insbesondere in den Wintermonaten – bedingt sei. Vorgeschlagen werde eine Unterbringung der entsprechenden raumluftechnischen Anlagen im Obergeschoss, wobei die derzeitige Wohnung jedoch nicht erhalten werden könne. Diese sei schon jetzt sehr eng bemessen. Zudem müssten die technischen Anlagen jederzeit zugängbar sein, was in einer Mietwohnung nicht bewerkstelligt werden könne. Die Realisierung der Maßnahme sei im zeitigen Frühjahr 2009 angedacht.

StR Kolesch bittet bei Beschlussvorlagen grundsätzlich um eine konkrete Beschlussempfehlung der Verwaltung. Entscheidende Gesichtspunkte seien zudem in der eigentlichen Vorlage und nicht in diversen Anlagen darzustellen. Er befürwortet die WC-Sanierung – deren Notwendigkeit sei angesichts der Nutzerzahlen gegeben – und stellt fest, dass die Kosten einer geregelten Be- und Entlüftung im Verhältnis eher gering seien. Bedauert werde der Wegfall der Wohnung, was jedoch nicht zu ändern sei. Er spricht sich für den Einbau von Edelstahlarmaturen aus und signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Verwaltungsvorschlag, das heißt zur Umsetzung der Variante 2. In Frage stellt er dabei jedoch den geplanten Verzicht auf die Fenstersanierung.

StRin Kübler betont die Notwendigkeit einer vandalismussicheren Einrichtung bzw. Ausstattung des WC-Gebäudes, begrüßt den Ersatz der Elektroheizung durch eine Gastherme sowie eine geregelte Be- und Entlüftung des Gebäudes. Unabdingbar sei auch die Dach- sowie die Fenstersanierung im Zuge der geplanten energetischen Sanierung. Die Notwendigkeit, die Wohnung im Obergeschoss aufzugeben, bittet sie nochmals zu überprüfen. Nach Auskunft eines Experten der Fachhochschule könnten die Lüftungskanäle links und rechts der Fenster als maximal 50 cm breite Brüstung geführt werden und würden damit nur wenig Platz in Anspruch nehmen. Dass es sich um keine „reguläre“ Wohnung handeln könne, sei man sich bewusst. Dies könne jedoch im Mietpreis entsprechend berücksichtigt werden. Sie betont die soziale Kontrolle sowie die Hausmeisterfunktion der Wohnung und erklärt, die Gastherme und technischen Einrichtungen für die Lüftung könnten auch im Technikraum untergebracht werden. Zur Gebäudeautomation erkundigt sie sich, ob hierfür ein Präsenzmelder bzw. ein Thermostat vorgesehen war, der bei Bedarf automatisch anspringt.

StR Zügel spricht sich angesichts der immensen Kosten dafür aus, für die WC-Anlage an anderer Stelle einen Ersatz zu finden und in dem denkmalgeschützten Gebäude statt dessen eine Touristinformation einzurichten. Sofern dieser Vorschlag keine Mehrheit finden sollte, werde die Umsetzung der Variante 2 befürwortet.

StRin Brunner sieht zwar die unverhältnismäßig hohen Kosten jedoch auch die äußerst gute Lage der WC-Anlage. Bei der Entscheidung hinsichtlich der Wohnung im 1. Obergeschoss bittet sie zu berücksichtigen, dass deren Wegfall zu einem ungepflegteren Erscheinungsbild führen werde.

StR Braig schließt sich der Ansicht von StR Zügel an und schlägt die Unterbringung einer halböffentlichen Toilette im Rahmen des geplanten Pfarrhausumbaus vor. Das Konstrukt der „netten Toilette“, bei dem diese Aufgabe Privatpersonen aufgebürdet werde, lehnt er ab.

Herr Walz stellt klar, dass das Badezimmer der Wohnung etwa 1,50 m tief, der Flur weniger als 1 m breit sei. Auch der Einbau von platzsparenden Lüftungskanälen führe daher zu einer untragbaren Situation. Die Fenster seien nach Aussage des Planungsbüros noch in einem guten Zustand – erhöhte energetische Anforderungen an eine WC-Anlage ohnehin nicht zu stellen. Er betont, dass der Gedanke eines alternativen Standortes für die WC-Anlage auch innerhalb der Verwaltung diskutiert wurde, man diesen wegen der nötigen Nähe zur Kirche und mangels alternativen Möglichkeiten jedoch wieder verworfen habe.

BM Kuhlmann **sagt zu**, die Einrichtung einer Tourist-Info in diesem Bereich zusammen mit dem Kulturdezernat bis zur Hauptausschusssitzung zu überprüfen.

Herr Walz erklärt weiter, mit dem Verzicht auf die Gebäudeautomation ent falle die Wartungsmöglichkeit von zentraler Stelle aus (dem Gebäudemanagement) per Fernsteuerung. Nicht tangiert sei davon die Wärmesteuerung vor Ort mit entsprechendem Fehlermelder.

StR Kolesch stellt fest, dass es für einen alternativen Standort der WC-Anlage an einer konkreten Idee fehle – ohne diese bittet er darum, das Vorhaben nicht nochmals über die anstehende Hauptausschusssitzung hinaus zu verzögern. Er betont, dass für den Pfarrhausumbau bereits ein fertiges Konzept vorliege und hält die Unterbringung der Toiletten in diesem Bereich daher nicht für möglich. Auch werde die Umnutzung in eine Tourist-Info deutlich teurer als die geplante Sanierung ausfallen. Ein menschenwürdiges Wohnen im 1. Obergeschoss des Gebäudes sei schon derzeit grenzwertig. Man werde künftig kaum jemanden finden, der dort wohnen und die soziale Kontrolle ausüben will.

StRin Kübler begrüßt den Gedanken einer Tourist-Info, sieht jedoch auch das Standortproblem für die WC-Anlage. Sie bittet darum, die Entscheidung in dieser Sache nicht mehr länger als einen Monat zu verschieben.

StR Zügel **beantragt**, den Verwaltungsvorschlag angesichts der Kosten zur endgültigen Entscheidung an den Gemeinderat zu verweisen und bis dahin noch nach alternativen Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

StRin Brunner befürwortet eine Kooperation mit der Kirche, die für die Vorstellungen im Gemeindehaus doch ohnehin eine entsprechende Toilettenanlage benötige.

StR Braig betont, dass der Neubau einer WC-Anlage im Bereich des Kirchplatzes nicht in Frage komme – es sei daher nach Lösungen zu suchen, die Anlage in den Gebäudebestand zu integrieren.

BM Kuhlmann befürwortet den Antrag der Freien Wähler/UB-Fraktion, womit man noch 2 – 3 Wochen Zeit habe, um andere Optionen zu prüfen. Er betont jedoch, dass eine Einbindung in das Gemeindehaus voraussichtlich nicht funktionieren werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin bei 4 Enthaltungen folgende

Beschlüsse:

- 1. Der Tagesordnungspunkt wird zur endgültigen Entscheidung an den Gemeinderat verwiesen.**
- 2. Bis zur Gemeinderatssitzung werden von der Verwaltung andere Optionen, insbesondere die Unterbringung der WC-Anlage an anderer Stelle, geprüft.**

Für den Fall, dass keine andere Lösungsmöglichkeit gefunden wird, empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat wie folgt zu beschließen:

Der Innensanierung der WC-Anlage wie in Variante 2 der Drucksache Nr. 189/2008 dargestellt mit Kosten in Höhe von brutto 262.600 € wird zugestimmt.

Der notwendigen Dachsanierung für 15.000 € wird zugestimmt.

Der Sperrvermerk auf Haushaltsstelle 2.7650.940000.3-100 in Höhe von 250.000 € wird aufgehoben. Der darüber hinausgehende Mittelbedarf in Höhe von 27.600 € wird überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 185/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch weist darauf hin, der Wunsch zur Erweiterung der „Zone 30“ komme aus der Eigentümerversammlung des „Säntis“. Er spricht sich dafür aus, im Vorfeld einer Entscheidung in dieser Sache die Meinung sämtlicher Anlieger des Straßenteils durch eine entsprechende Umfrage bzw. eine kleine Bürgerversammlung zu ermitteln.

StRin Kübler betont, beim vorliegenden, sehr breiten Straßenabschnitt bestehe die Gefahr überhöhter Geschwindigkeiten und befürwortet den Beschlussantrag aus Gründen der Sicherheit und des Lärmschutzes. Sie erkundigt sich zudem, ob im Stadtgebiet weitere Wohnstraßen bestehen, die nur teilweise als 30iger Zone ausgewiesen sind, was von Herrn Fessler verneint wird.

StR Rieger spricht sich für die Umfrage aus und erklärt, man werde der „Zone 30“ zustimmen, sofern dies von der Anwohnerschaft gewünscht werde. Diesen müsse jedoch klar sein, dass das Tempolimit insbesondere auch für sie selbst als Anwohner gelte.

StR Weber hält eine durchgängige 30iger Zone in diesem Bereich für selbstverständlich.

StR Braig weist darauf hin, dass die Straßensituation im Bereich der bestehenden 30iger Zone ein schnelleres Fahren gar nicht zulasse - ganz im Gegensatz zum wesentlich breiteren, oberen Bereich des Köhlesrain.

StR Wiest erklärt, Grund für die bestehende „Zone 30“ sei die enge Straßensituation sowie das Seniorenwohnheim in diesem Bereich. Nach oben hin werde die Straße wesentlich breiter und verleite zu schnellerem Fahren. Er befürwortet eine durchgehende 30iger Zone. Hierbei gelte es jedoch die Anlieger einzubeziehen, die zum Großteil selbst gegen das Geschwindigkeitslimit verstoßen würden.

Herr Fessler begrüßt den Vorschlag einer Umfrage.

BM Kuhlmann erklärt, die Verwaltung werde die Umfrage durchführen und die Vorlage anschließend erneut in das Gremium einbringen.

Die Beschlussfassung wird daraufhin bis auf Weiteres vertagt.

TOP 4.1 Verschiedenes: Betreute Seniorenwohnanlage Riedlinger Str. 28 - 34

StR Braig weist darauf hin, dass der Betreiber des Wohnheims in seinem Prospekt unzutreffend damit werbe, dass die Riedlinger Straße ab 2009 als verkehrsberuhigte Zone ausgewiesen werde. Tatsächlich fungiere die Riedlinger Straße als auch die Hirschbergstraße als Dauerparkzone für Beschäftigte – dies sei eine untragbare Situation. Er bittet das Ordnungsamt zu prüfen, ob an der Riedlinger Straße stadtauswärts eine „blaue Zone“ eingerichtet werden kann und schlägt die Ausweisung von Anliegerparkplätzen in der Hirschbergstraße vor. Handlungsbedarf sehe er auch bezüglich des öffentlichen Stellplatzes vor dem Gebäude des Herrn Magdalinos, der diesen dauerhaft als Parkplatz für sein Werbefahrzeug nutze.

BM Kuhlmann **sagt** die Prüfung der genannten Punkt durch das Ordnungsamt **zu**. Hinsichtlich des Flyers, mit dem Fehlinformationen verbreitet würden, werde man sich mit dem Betreiber der Seniorenwohnanlage in Verbindung setzen.

TOP 4.2 Verschiedenes: Regelmäßige Information des Gremiums über den Zeitpunkt der Umsetzung beschlossener Maßnahmen

StR Kolesch wünscht sich regelmäßige Informationen zum Zeitpunkt der Umsetzung beschlossener Maßnahmen, aktuell beispielsweise zum Bürgerbüro im Rathaus bzw. zur Fertigstellung der Sanierungsmaßnahme an der Stadthallentiefgarage.

BM Kuhlmann betont, regelmäßige Informationen zum Stand der Projekte lägen auch ihm am Herzen. Mit den einzelnen Ämtern würden hierfür Projektlisten eingeführt, die jedoch frühestens ab Januar 2009 zur Verfügung stünden.

TOP 4.3 **Verschiedenes: Baumaßnahme Schrankenstraße 4**

StR Kolesch erkundigt sich nach dem Stand der Baumaßnahme Schrankenstraße 4, welche über Jahre hinweg ruhte. Nach dem vor kurzem erfolgtem Eigentümerwechsel und zwischenzeitlichen Bauarbeiten bestehe zwar die Baustelleneinrichtung und behindere den Fußweg – gearbeitet werde jedoch seit Wochen nicht mehr.

Herr Brugger erklärt, nach seinem Kenntnisstand würden die Sanierungsarbeiten am „Goldenen Kreuz“ andauern. Im Erdgeschoss wolle das Schuhhaus Mayer bis Januar einziehen.

BM Kuhlmann **sagt** eine Prüfung der Anfrage **zu**.

TOP 4.4 **Verschiedenes: Bahnhof Biberach - Fahrgastinformationssystem**

StR Kolesch bittet die Verwaltung darum, das Gremium über den Stand der Verhandlungen mit der Bahn bezüglich des Fahrgastinformationssystems bzw. alternativer Systeme auf dem Laufenden zu halten.

BM Kuhlmann **sagt zu**, dem Gremium hierüber zu berichten.

TOP 4.5 Verschiedenes: Google-Maps "Streetview"

StR Kolesch weist auf die von Google angedachte Erweiterung des Services Google-Maps hin, durch welche deutschlandweit sämtlichen Straßen im Detail über das Internet zur Verfügung stehen sollen (Google-Maps „Streetview“). Von vielen Personen werde dieser Service kritisch gesehen; eine öffentliche Notwendigkeit sei im Hinblick auf den Tourismus vielleicht für Innenstädte jedoch für reine Wohngebiete nur schwer nachvollziehbar. Mittlerweile würden sich die ersten Gemeinden in Schleswig-Holstein wehren und hierbei die Auffassung vertreten, dass für diese Nutzung einer Straße zu kommerziellen Zwecken von Google eine Sondernutzungserlaubnis benötigt wird. Diese werde von den betreffenden Gemeinden verweigert. Zwar sei die Rechtslage unklar, Google habe von der Aufnahme dieser Gemeinden in den Service „Streetview“ bislang jedoch abgesehen. Er bittet die Verwaltung, dies zu thematisieren und – sofern Bedarf gesehen wird – zeitnah entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

BM Kuhlmann **sagt** eine Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten zusammen mit dem Ordnungsamt **zu** und wird das Thema dann erneut im Bauausschuss zur Diskussion stellen.

TOP 4.6 Verschiedenes: Querung der Zebrastreifen am Zeppelinring durch Fahrradfahrer

StR Herzhauser erkundigt sich nach dem Sachstand – nach wie vor würden die Zebrastreifen an der Kreissparkasse sowie am Filmtheater von zahlreichen Radfahrern überquert, ohne abzusteigen.

Herr Fessler erklärt, zu Schulbeginn habe es eine diesbezügliche Aktion seitens der Polizei gegeben. Weitere Maßnahmen während des Jahres könne die Polizei jedoch nicht leisten – hier müsse die Stadt selbst tätig werden.

BM Kuhlmann betont, dass ein Umerziehen der Radfahrer schwierig sei und beim Vollzugsdienst nicht genügend Personal für regelmäßige diesbezügliche Einsätze zur Verfügung stehen.

TOP 4.7 Verschiedenes: Straßenbauarbeiten an der Kolpingstraße

StR Braig weist auf den dramatischen Anstieg des Verkehrs auf dem Ring durch die derzeitige Umleitung im Bereich der Kolpingstraße hin.

Bauausschuss, 06.10.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

- Vorsitzender: BM Kuhlmann
- Stadträtin: Buttschardt
- Stadtrat: Hagel
- Schriftführerin: Markieton
- Gesehen: OB Fettback
- Gesehen: EBM Wersch